



Bilanz und Ausblick

Dr. Wolfram Friedersdorff zu seinem Wechsel in die Schweriner Landesregierung

In den vergangenen Wochen haben mir viele Bürger des Bezirkes geschrieben, die meine Entscheidung für einen Wechsel nach Schwerin bedauern, aber meist auch akzeptiert haben.

Mich hat jeder Brief gefreut, weil auch auf diesem Wege bestätigt wurde, dass die Orientierung der Kommunalpolitik der PDS auf die Beachtung von Interessen der Bürger und das Hören auf ihren Rat in den letzten zehn Jahren funktioniert hat.



Foto: info links

Dr. Wolfram Friedersdorff

Für die PDS und für viele Bürger sind dies Jahre eines „Ankommens“ in der Wirklichkeit der Bundesrepublik. Ein buntes Gemisch von Ablehnung, Neugier, Ratlosigkeit und manchmal auch Sympathie prägten vor zehn Jahren das Verhältnis der dominierenden Westberliner Vertreter von Politik und Verwaltung, Verbänden und Gewerkschaften zu den PDS-Bezirksamtsmitgliedern.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass ein Finanzsenator mich in einer Sitzung als Vertreter kommunistischer Kriegsgewinnler beschimpfte, weil ich die Beschleunigung von Modrow-Kaufverträgen forderte. Die wachsende Akzeptanz der PDS in der Stadt

hing in dieser Zeit in besonderem Maße von der Arbeit der PDS-Stadträte und ihrer Zusammenarbeit mit den Fraktionen in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus ab.

Agiert werden musste in sehr schnell verlaufenden gesellschaftlichen Umbruchprozessen, die alle Lebensbereiche von Menschen betrafen: Arbeitslosigkeit und Konkurse, ABM und SAM, Mietsteigerungen und Modernisierungen, Privatisierungen und Rückübertragungen usw. wurden Dauerthemen der Kommunalpolitik.

Hartnäckiges Wirken für Bürgerinteressen

Revolutionäres Pathos war in dieser Zeit nicht angebracht, dafür hartnäckiges Tun für Bürgerinteressen. Deutlich mussten aber auch die spekulative und irrealer Politik der damaligen Großen Koalition thematisiert werden, der Gigantomanie von Olympia, Hauptstadt und europäischer Metropole waren die Konzepte eines sozialen Berlin entgegenzustellen.

Das Vertrauen in politische Konzepte und politisches Handeln der PDS im Bezirk schlug sich 1995 auch in Wahlergebnissen nieder. 43 % der Wähler votierten in Lichtenberg für die PDS, und mit Stimmen vor allem der SPD aber auch von CDU und Bündnis 90/Grüne wurde in Lichtenberg der erste Bezirksbürgermeister der PDS in Berlin gewählt.

Meine Amtszeit als Bezirksbürgermeister begann mit einer Haushaltssperre der Finanzsenatorin und einem Nachtragshaushalt. Beide Begriffe sind für die vergangenen sieben Jahre symptomatisch. Der Kampf um die knappen Finanzmittel erschien und erscheint oft als Auseinandersetzung Bezirke kontra Senat.

Dies ist aber nur teilweise und auch nur vordergründig richtig. Hinter dem Streit um Mittel und Zuständigkeiten verbarg sich immer auch die Frage der Verteilung von Mitteln auf Bevölkerungsgruppen.

Bis zum Zerfall der CDU/SPD-Koalition war der Versuch, die Haushaltskonsolidierung vor allem zu Lasten der Bezirke und durch den Verkauf des Tafelsilbers zu bewerkstelligen, offensichtlich. Deutlich wur-

de, dass die Koalition die Finanzlage Berlins nicht in den Griff bekommen würde und die Spekulationsblasen der ersten Hälfte der 90er Jahre mit weitreichenden Folgen platzen würden.

Dennoch, im Bezirk gelang es, eine solide Fach- und Haushaltspolitik zu gestalten und dafür viele verlässliche Kooperationen mit den Unternehmen der Wohnungswirtschaft, den Hochschulen, den Krankenhäusern, den Verbänden, den Gemeinden, den Trägern, den Bürgervereinen aufzubauen. In wichtigen Feldern der Sozialpolitik wurden Projekte mit Modellcharakter entwickelt, so mit „UNDINE“ in der Hagenstraße, mit „MUT“ in der Weitlingstraße und mit „Miteinander Wohnen“ in Friedrichsfelde Süd.

Bewältigt wurden zwei zeitlich parallele Prozesse von Verwaltungsreform und von Fusion der Bezirke Hohenschönhausen und Lichtenberg. Diese sind im Vergleich zu anderen Bezirken sehr gut gelungen. Dafür ist allen Beteiligten zu danken, besonders jedoch den Verordneten aus beiden Altbezirken.

Die bürgernahe Demokratie ausbauen

Inzwischen hat sich die politische Landschaft in Berlin verändert. Eine rot-rote Koalition regiert in Berlin. Das Regieren im Bezirk ist dadurch nicht unbedingt leichter geworden, erst recht nicht nach unserer bitteren Niederlage bei der Bundestagswahl.

Für das schwierige Agieren in den nächsten Jahren gibt es jedoch gute Grundlagen: abgestimmte Schwerpunkte und Konzepte in den verschiedenen Handlungsfeldern im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung, eine solide Haushaltssituation, eine leistungsstarke Verwaltung, die vorgenannten Kooperationen mit vielen Partnern.

Das alles hat mir die Entscheidung für Schwerin einfacher gemacht. Die Politik in Berlin und im Bezirk werde ich weiter sehr aufmerksam verfolgen. → Seite 3

All unseren Leserinnen und Lesern wünscht die „info links“-Redaktion erholsame Feiertage und ein gesundes neues Jahr!

Konzentrieren und Leser verlieren?

von Helmut Hahn, Bezirksverordneter der PDS, Mitglied des Kulturausschusses, Sprecher Bürgerinitiativen/Stadtteilentwicklung der PDS-Fraktion

In einer öffentlichen Anhörung am 21. November sollte darüber beraten werden. Grundlage war der „Bibliotheksentwicklungsplan 2003–2005“. Im Mittelpunkt der gut besuchten und lebhaften Veranstaltung stand der Widerspruch von Anspruch und gegenwärtiger Bezahlbarkeit. Der Kulturausschuss hatte seine Einladung unter die Überschrift „Ist weniger mehr?“ gestellt und damit die Vertreter aus Politik, Verwaltung, Bibliotheken und natürlich die Nutzer zu produktivem Streit angeregt.

Ich meine, dass Lesen und Schreiben erst den kultivierten Menschen ausmachen. Das Buch begleitet uns durch das ganze Leben. Es beginnt mit dem Bilder- und dem Märchenbuch, geht über das Lehrbuch, über das Fachbuch, das wissenschaftliche Buch und schließt die schöngestigte Literatur ein. Besonders bei letzterer nimmt der Leser das Buch in die Hand und blättert sich in eine bewegende Geschichte, wobei er sich unterhält, entspannt, bildet und eben dabei den so lebenswichtigen ästhetischen Genuss empfindet. Bei aller Perfektion: Die neuen Medien können dieses Gefühl nicht ersetzen.

Trotzdem sind wir sehr froh, dass alle vier gebliebenen Bibliotheksstandorte auch

über die neuen Medien verfügen und durch eine berlinweite Vernetzung eine hohe Nutzerqualität erreicht haben. Wenn ich Glück habe, kann ich über das Such- und Bestellsystem jedes beliebige Buch oder andere Medium bestellen.

Spätestens hier stellt sich die Frage der Nutzerfreundlichkeit neu. Von den 17 kiez-nahen Bibliotheken in Lichtenberg sind nur vier – allerdings leistungsstarke – geblieben. Sie verteilen sich ganz gut über den Bezirk. Aber für viele Nutzer sind die Wege länger geworden. Viele Leser aus den unmittelbaren Einzugsgebieten – z. B. in der



Zwei, die sich früh üben. Aber nicht einmal ein halbes Prozent der bis 6-jährigen Lichtenberger Kinder ist an einen regelmäßigen Umgang mit Büchern gewöhnt. Vor der Röhre sind Kinder halt bequemer und schneller „entsorgt“.

Gensinger Strasse, in Karlshorst usw. – sind als Leser verloren gegangen. Auch der Kauf der Bücher ist für viele kein Ausweg, weil die Preise nicht zu bezahlen sind. Besonders Kinder und ältere Menschen spüren das zuerst.

Die Anhörung hat klar gezeigt, dass Qualität und Effektivität der vier Bibliotheken enorm gestiegen sind. Doch der Verlust an unmittelbarer Kieznähe ist damit nicht auszugleichen. Vielleicht können mobile Angebotsformen und Kooperation mit Vereinen und freien Trägern etwas helfen. In sozio-kulturellen Zentren, in Vereinen, Klubs usw. sollten Lesestuben eingerichtet werden, die durch das Bibliotheksamt versorgt werden. Es gibt Bürger, die mit entsprechender Vorbildung solche Lesestuben betreuen würden. Im Kiez „Gensinger Straße“ können die Bürger die Bibliothek des Seniorenheimes mitnutzen. Wie viele Seniorenheime oder andere Einrichtungen verfügen über eine solche Möglichkeit?

Der Kostendruck hat über die Jahre zur Konzentration geführt. Aber vorhandene Lesebedürfnisse können so nicht mehr voll befriedigt werden, und das Heranführen an das Buch ist zum großen Teil auf der Strecke geblieben.

Als Folge dieser Entwicklung ist der Medienbestand größtenteils überaltert. Besonders hier muss und soll umgesteuert werden. Wie von der Landesebene verlautet, sollen die Einsparungen wenigstens teilweise für dringend notwendige Neuan-schaffungen eingesetzt werden. Im Kulturausschuss werde ich besonders darauf dringen, dass diese Zusage auch eingehalten wird.

Bürgeranliegen aufgegriffen

Von der 13. Tagung der BVV am 20. November

Die Schulzeit bis zum Abitur soll auf 12 1/2 Jahre verkürzt werden. Werden zehn Stunden Unterricht zur Normalität? Demokratie-Einübung erst in der Abiturientenklasse? Schulschließungen, Leerstand, Klassenstärken von 30 Schülern und mehr? Stichworte aus der Rede des Jugendparlaments, die diesmal von Juliane Maritz und Alexander Weitling vorgetragen wurde. Die PDS-Verordneten Dr. Christa Sobanski und Ingeborg Görsdorf sowie der schulpolitische Sprecher der SPD reagierten sofort mit dem Angebot eines Gesprächstermins.

Obgleich auch bei der Schulpolitik die Gestaltungsmöglichkeiten des Bezirkes begrenzt sind, soll im Februar 2003 ein Entwicklungskonzept vorgelegt werden.

Bürgeranliegen aufgreifen – das will die PDS auch auf anderen Feldern der Kommunalpolitik:

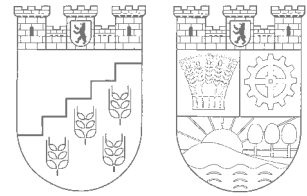
■ „Installation einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Treskowallee-Godesberger Straße“: Die PDS-Verordnete Christel Schemel reagierte damit auf eine Initiative von Roger und Annett Liebers aus der Treskowallee 90. Die Karlshorster hatten kürzlich mit einem Flugblatt gegen den derzeitigen Zustand (43 erfasste Unfälle in diesem Jahr) protestiert. Bisher wurden am Fußgängerübergang Tempo-30- und Überholverbotschilder angebracht. Sie dienen aber eher zur Beruhigung der zuständigen Behörde, denn nicht einmal jeder zehnte Autofahrer beachtet sie. Und polizeiliche Kontrollen zum Ablegen der alten Routine gibt es auch nicht. Die Ampel wäre eine Lösung.

■ „Schloss Hohenschönhausen“: Um einen Schritt in der materiellen Sicherung des Vorhabens voranzukommen, damit die jah-

relangen Bemühungen zur Rekonstruktion des Schlosses nicht scheitern, unterbreitete die PDS-Fraktion dem Plenum einen Antrag, der entsprechende Wünsche des gleichnamigen Fördervereins berücksichtigt. Bislang war es dem Bezirk gelungen, die Übergabe des Objektes in den Liegenschaftsfond des Landes Berlin zu vermeiden. Jahrelang ist der Förderverein auch mit geldwerten Leistungen und günstigen Nutzungsvereinbarungen unterstützt worden. Eine finanzielle Beihilfe ist derzeit ausgeschlossen. Die CDU beantragte zusätzlich eine regelmäßige Berichterstattung durch das Bezirksamt.

■ Gleichermäßen wurde mit dem PDS-Antrag „Überarbeitung des Radwegenetzes in Lichtenberg“ verfahren.

■ Nicht zuletzt hatte die PDS-Fraktion die Initiative zur Weiterführung der allgemeinärztlichen Praxis für Obdachlose in der Weitlingstraße. Joachim Pampel



Verdruss

Ein beliebter Begriff, welcher für manch einen der Bezeichnung einer ganzen Generation gleichkommt, wurde vor kurzem wiederentdeckt: Politikverdrossenheit.

Unser Bundespräsident höchstpersönlich nahm dieses Wörtchen in den Mund, um die Abkehr der Jugendlichen von der Politik öffentlich anzuprangern. Mitverantwortlich für dieses Phänomen seien Politik und Medien in gleicher Weise, indem die „Fehlritte“ mancher Parteien durch die Medien in ihrem Ausmaß verzerrt würden.

Das ist ja nichts wirklich Neues, dass sich die Medien um eine aufsehenerregende Story aus der Politik reißen. Außerdem sind die paar Spendenskandälchen auch nicht weiter der Rede wert. Aber spielen die Politiker denn wirklich eine solch passive Rolle bei der ganzen Geschichte? Ist denn die Tatsache so unbedeutend, dass politi-

sche Fehler meist auf dem Rücken derer ausstrahlt werden, die sich nicht wehren können? Ich denke nicht, denn die Leidtragenden, im wahrsten Sinne des Wortes, sind Kinder und Jugendliche, deren politisches Ressort Tummelplatz für Rotstifte geworden ist. Überdies zeigen Statistiken, dass die Zahl der Kinder steigt, welche in Sozialhilfefamilien groß werden. Fühlt sich diese junge Generation denn überhaupt noch ernst genommen in einem solchen Klima, das Desillusionierung und Perspektivlosigkeit schürt? Das Problem dieser so genannten Politikverdrossenheit ist folglich auf nichts anderes zurückzuführen als auf die Abkehr der Politik von der jungen Generation.

Manja Hauéis,

Kinder- und Jugendparlament

Vertreter des Kinder- und Jugendparlaments im Gespräch mit Ingeborg Görsdorf



Zwangsarbeit in H'hausen

Ausstellung in der A.-Seghers-Bibliothek

Nachdem es im Frühjahr bereits eine Ausstellung über Zwangsarbeit in Lichtenberg gab, geht jetzt das Heimatmuseum Hohenschönhausen dem Schicksal von Zwangsarbeitern in Althohenschönhausen, Warthenberg, Falkenberg und Malchow nach. „Meine besten Jahre verbrachte ich in Unfreiheit“ wird im Titel eine ehemalige Zwangsarbeiterin zitiert – denn es waren ja junge Menschen, die gewaltsam verschleppt wurden.

Etwa 1 300 Menschen, die in der Region bei 140 Unternehmern Zwangsarbeit verrichten mussten, konnten namentlich er-

mittelt werden. Auf 29 Tafeln erhält der Besucher ein differenziertes Bild über die Wirtschaft im Krieg, über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Betrieben und Lagern, über die Erinnerung an diese Zeit – 60 Jahre danach.

Zur Eröffnung am 14. November wurden zwei ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus Polen sowie der Präsident der Polnischen Vereinigung der Opfer des Nationalsozialismus herzlich begrüßt.

Die sehenswerte Ausstellung ist noch bis zum 30. April 2003 geöffnet. Im Beiprogramm gibt es auch Dokumentarfilme und Vorträge. Unter Telefon 9279 6419 (Bibliothek) oder 5504 3734 (Kulturamt) kann man auch Führungen und Filmvorführungen anmelden. *ig.*

Bilanz und Ausblick

→ Fortsetzung von Seite 1

Über zwei Jahrzehnte Lichtenberg sind nicht abzuschütteln, sie haben geprägt, und sie lassen nicht los. Deshalb einige Anmerkungen zur gegenwärtigen politischen Debatte in der Berliner PDS: Die Bedeutung des Erhalts der rot-roten Regierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für die PDS muss viel deutlicher bewusst werden. Profilieren ist dringend notwendig, doch gegen den Koalitionspartner geht es nicht.

Politikentwicklung muss in Abstimmung, aber auch in Kontroversen zwischen Landesverband, Fraktion und Regierung verlaufen. Dies funktioniert z. Z. in der PDS nicht. Je früher eine Trennung von LV- und Fraktionsvorsitz, um so besser für dieses Funktionieren.

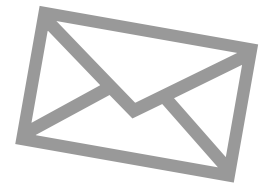
Pluralismus in einer dem Humanismus verpflichteten Partei habe ich mir nie als Etikett für den üblen Machtkampf von kleinen Gruppen gedacht. Die Berliner PDS hat die Chance, die damit verbundenen Ausgrenzungs-, Abgrenzungs- und Differenzierungsrituale zu überwinden. Dazu gehört auch ein vernünftiges Verhältnis des Landesvorstandes zu den Bezirken, die „Miss-trauenskultur“ ist nur schwer zu ertragen. Ein Manko in der Politikentwicklung scheint mir die technokratische Herangehensweise zu sein. Die Haushaltskonsolidierung hat sich in einigen Köpfen verselbständigt.

Wählerinteressen müssen mehr Beachtung finden. Ein 53 %-Ergebnis in Lichtenberg wird nur wiederholbar sein, wenn die Wähler den Wert der PDS für sich sehen. Zumindest mitdenken sollte man solche Interessen bei Standort- und vielen anderen Entscheidungen.

Die PDS sollte bezirkliche Selbstverwaltung und deren Ausbau in Richtung bürgernahe Demokratie als wichtiges Projekt ihrer Regierungspolitik begreifen. Das heißt aber auch, alles zu unterlassen oder in Frage zu stellen, was auf den Ausbau zentralistischer Strukturen und auf verordnete privatwirtschaftliche Organisationsformen hinausläuft.

Die „info-links“-Redaktion

Für „info links“ immer unterwegs sind Ingrid Hörkner, Inge Junginger, Prof. Dr. Ronald Löttsch, Manfred Niklas, Joachim Pampel, Jörg Rückmann, Wolfgang Schmidt und Inge Uessler. Weitere Mitstreiter sind willkommen!



Vom „Gomel-Projekt“

Am 15. November luden die Schülerinnen und Schüler der Gutenberg-Oberschule in der Sandino-Straße zu ihrem traditionellen Benefizkonzert ein. Die Turnhalle platzte aus allen Nähten. 400 Karten waren in diesem Jahr bereits im Vorverkauf unter die Leute gebracht worden.

Viel Aufwand für einen guten Zweck: Seit 1995 besteht eine Patenschaft zwischen dieser Schule und einem Kinderheim in Belarusland. Im Rahmen des kombinierten Hilfs- und Schüleraustauschprojektes „Gomel“ fanden bisher mehrere gegenseitige Besuche statt.

Ein buntes Programm, das während der vorausgegangenen Projektstage von den Schülern erarbeitet worden war, wurde aufgeführt: Tanz, Schauspielerei, Gesang auf höchstem Niveau (u. a. Ausschnitte aus „Cats“ und „Jesus Christ Superstar“), Kla-

vierkonzerte von Franz Liszt und Reiseberichte aus Belarusland vom Sommer dieses Jahres. Das Programm gestalteten die Schüler, wobei es sich auch „Ehemalige“ nicht nehmen ließen, mitzuwirken. Wahre Begeisterungstürme lösten die Gruppe „Blues Alliance“ sowie die Schulband „Princes“ aus.

Für den Berlinaufenthalt der Kinder im nächsten Jahr wird noch viel Geld benötigt. Wer dieses Projekt mit einer Spende unterstützen möchte, kann sich an das Sekretariat der Gutenberg-Schule (Tel.: 971 15 65) oder mich wenden (Tel.: 9863 9734). Über die Spende der PDS-Fraktion (50 €) waren die Schüler sehr erfreut.

Die Arbeitsgemeinschaften der Schule wurden übrigens bereits zum zweiten Mal mit dem „Mete-Eksi-Preis“ ausgezeichnet: 2001 das „Gomel-Projekt“ und in diesem Jahr die AG „Gewalt !?“. Herzlichen Glückwunsch und weiter so! *Dagmar Krebs*

Bürgermeisters Abschied

Schwerins berühmter Schlossgeist, das Petermännchen, ist nicht mehr das, was es war. Einst vergraulte es Fremde, jetzt scheint es sie magisch anzuziehen, besonders wenn sie aus Lichtenberg kommen. Erst holte es Marianne Linke, sie wurde inzwischen Ministerin, und nun folgt Wolfram Friedersdorff als Staatssekretär.

Doch Spaß beiseite. Die Amtsaufgabe des bis zum Jahre 2006 gewählten Bezirksbürgermeisters ist ein herber Verlust: Für den Bezirk, aus dem zehn Jahre kommunalpolitische Erfahrung und eine Persönlichkeit mit hoher Integrationsfähigkeit abwandern, für Berlin, das an „unverfilzten“ Politikern mit Sachverstand nicht gerade reich gesegnet ist, und schließlich für die Berliner PDS, die derart qualifizierte und allseits anerkannte Kommunalpolitiker nicht nur mal eben so aus der Tasche zaubern kann.

Und die Bürger? In dieser repräsentativen Demokratie sind sie ohnehin fast nur noch zu Wahlen gefragt. Sollten sie dann nicht darauf vertrauen dürfen, dass sie ihr Votum für eine ganze Wahlperiode abgegeben haben? Wenn jedoch die Gewählten eh machen, was sie für richtig halten, wozu dann wählen? Hier kann Vertrauen schwinden, das mühsam über Jahre aufgebaut wurde – auch durch Bezirksbürgermeister Dr. Wolfram Friedersdorff.

Das alles hat Wolfram, der kein Mann spontaner Entschlüsse ist, hoffentlich bedacht, als er sich für Schwerin entschied. Und das konnte nur er entscheiden – nicht der PDS-Bezirksvorstand oder ein anderes Gremium. Denn „Parteisoldaten“, die ihr persönliches Wollen der „Einsicht in vermeintliche oder tatsächliche Notwendigkeit“ unterordnen, gibt es nicht mehr.

Wolfram Friedersdorff verlässt ein geordnetes Haus. Er kann sein Amt in bewährte Hände übergeben. Dies und dass ihn die PDS in „Meck-Pomm“ als willkommene Verstärkung ihrer Reihen betrachtet, hat seinen Entschluss sicher erleichtert. Allein – erst die Zukunft wird erweisen, ob die mit Wolfram Friedersdorffs Kommen verbundenen Blütenträume aufgehen. Wünschen wir es ihm, uns und der PDS.

Zu wünschen übrig ließen Information und Befassung der zuständigen Gremien mit dem Weggang des Bezirksbürgermeisters. So kritisierten Mitglieder des Bezirksvorstandes, dass sie erst aus der Presse oder aus dritter Hand informiert wurden und ihre Meinung nicht gefragt schien. Hier fehlte wohl die Handlungsroutine im Umgang mit solchen nicht alltäglichen Ereignissen – zum Glück, meint *Martin Walter*

Alarm zum Lindenhof

Standort und Aufgaben des Kinderkrankenhauses Lindenhof bleiben für den Norden Berlins und dessen Umland unverzichtbar. Dies verlangt ein von der PDS-Fraktion initiiertes Antrag an die 14. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung, die am 18. Dezember stattfindet.

Auslöser des Alarms sind Informationen über die derzeitige Aktualisierung des Berliner Krankenhausrahmenplanes, die zu Beginn des Jahres 2003 vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden soll. Dabei steht die Perspektive des Lindenhofs im Oskar-Ziethen-Krankenhaus, wie sie vom Krankenhausrahmenplan seit 1998 festgeschrieben wurde, zur Disposition. Insbesondere ist die Eingliederung des Bereiches Kinderpsychiatrie vakant, wodurch die Träger des OZK sich zu wesentlichen Abänderungen ihrer bisherigen Planungen veranlasst fühlen.

Der Antrag, bei dem erwartet wird, dass sich ihm alle Bezirksverordneten anschließen, stützt sich u. a. auch auf den Überleitungsvertrag, mit dem das Krankenhaus Lichtenberg 1992 von der kommunalen in die freie Trägerschaft übergeführt wurde.

In einem Bürgerbegehren verlangten 1998 50000 Bürger mit Erfolg, weder die Zukunft des Kinderkrankenhauses noch die Gesundheitsfürsorge für unsere Kinder in dafür geschaffenen Einrichtungen zur Disposition zu stellen.

Anfang Dezember erst öffnete die mit 1,48 Mio Euro vom Land Berlin geförderte Tagesklinik für Kinder- und Jugendmedizin im Lindenhof. *J. P.*

Mascha, Nina und Katjuscha

„Frauen in der Roten Armee 1941–1945“ – so heißt die neue Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum. Welch großes Interesse für dieses Thema besteht, zeigte sich bei der Eröffnung. Obwohl alle im Museum verfügbaren Stühle in den Konferenzsaal geholt wurden, konnten viele Besucher den Ansprachen und der musikalischen Umrahmung nur im Stehen lauschen. Das Verb *lauschen* ist hier keine stilistische Floskel. Es sprachen Sonja Mikich, früher ARD-Korrespondentin in Moskau, jetzt Leiterin des Magazins „Monitor“, und Swetlana Aleksijewitsch, Verfasserin des Buches „Der Krieg hat kein weibliches Gesicht“.

Der in diesem Titel ausgedrückte Gedanke prägt die Ausstellung insgesamt und spiegelt sich auch in den meisten Exponaten wider. Es wird auch deutlich, dass in einem aufgezwungenen Verteidigungskrieg zwar Heldentaten möglich sind, doch auch ein solcher unweigerlich seine „schmutzige“ Kehrseite hat. Der Heroismus wird nicht selten über Gebühr verherrlicht, der Kriegsalltag und seine Folgen hingegen zu oft verschwiegen. Letzteres gilt insbesondere für das Schicksal ehemaliger Rotarmistinnen. Die körperlichen Schäden und seelischen Traumata, an denen viele von ihnen bis an ihr Lebensende zu leiden hatten bzw. heute noch leiden, aber auch sonstige durch den Fronteinsatz verursachte Benachteiligungen waren bis in die jüngste Vergangenheit weitgehend tabu. Zur Unterstützung des Tabubruches leistet die Ausstellung einen wertvollen Beitrag. Ihr Besuch ist allen wärmstens zu empfehlen. *R. L.*

Zur Leiharbeit

Rede von Gesine Löttsch am 4. Dezember im Bundestag (leicht gekürzt):

... in Anbetracht der wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, will ich mich nur einem Problem widmen: Der Leiharbeit! Sie soll zu massiven Einsparungen im Bundeshaushalt führen. Die Leiharbeit wird als Herzstück des Hartz-Konzepts gefeiert. Schaut man sich allerdings in anderen Ländern um, dann macht der Anteil der Leiharbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten nur einen Bruchteil aus. Selbst in den USA ist der Anteil verschwindend gering.

Der Ansatz von Hartz geht davon aus, dass die Leiharbeit ein niedrigschwelliges Angebot für Unternehmen ist. Sie haben die Möglichkeit, die Arbeitslosen im Arbeitsprozess kennenzulernen, um dann zu entscheiden, ob sie den arbeitslosen Leiharbeiter übernehmen wollen oder nicht. So entsteht der Eindruck, dass man, wenn man sich halbwegs anständig benimmt und gut

seine Arbeit macht, übernommen wird. Wer allerdings nicht übernommen wird, hat ein Problem. Er ist nicht nur arbeitslos, sondern hat offensichtlich nicht ordentlich gearbeitet, hat geklaut, oder vielleicht war er auch nur unpünktlich. So entsteht durch Arbeitslosigkeit und fehlgeschlagene Vermittlung eine doppelte Stigmatisierung! Dabei ist es in der Regel wohl eher so, dass die Leiharbeiter Produktionsspitzen auffangen oder sogar teilweise die Stammbeslegschaft ersetzen sollen. Doch das wird in der Öffentlichkeit kaum vermittelt. Der arbeitslose Leiharbeiter gerät in Erklärungsnot gegenüber Familie und Freundeskreis.

Ich gehe davon aus, dass Leiharbeit die psychologischen Probleme der Arbeitslosen potenzieren wird ...

... wir haben ja jetzt, nach der Ablehnung des Konzepts durch den Bundesrat, eine große Diskussion, ob die Leiharbeiter unter Tarif angestellt werden sollen. Für Langzeitarbeitslose und Schwervermittelbare hält Herr Gerster Arbeitslöhne von 20–30 % unter dem normalen Tarif für angemessen.

Auch Frau Simonis und einige andere sozialdemokratische Ministerpräsidenten sind dieser Meinung. Doch diese Diskussion zäumt das Pferd von hinten auf. Warum stellt eigentlich keiner die Frage, ob nicht durch die Zwischenschaltung von Zeitarbeitsfirmen, die ja an der Sache auch ein bisschen verdienen wollen, die Lohnkosten für die Leiharbeiter zusätzlich verteuert werden?

Ich habe mich letzte Woche mit einem Berliner Unternehmer unterhalten. Er hat eine Produktion mit 35 Beschäftigten. Er würde gerne bei Auftragsspitzen Leiharbeiter einstellen, doch die sind aus seiner Sicht zu teuer. Doch er zieht einen ganz anderen Schluss als Frau Simonis und Herr Gerster, er fragt sich, warum er für eine Leiharbeitsfirma zahlen soll, wenn es genug Arbeitslose gibt. Aus seiner Sicht mangelt es nicht an Arbeitskräften, sondern an Kapital und an Aufträgen, doch da können ihm die Leiharbeitsfirmen nicht weiter helfen und offensichtlich die Bundesregierung auch nicht.

Kein Tisch, kein Telefon

Dr. Gesine Löttsch, Mitglied des Bundestages, erklärte am 13. November:

Gestern wurde von der Bundestagsverwaltung unser Plenarteilnehmer abgeschaltet, und heute wurden unsere provisorischen Tische im Parlament ohne Begründung wieder entfernt. Das schnurlose Telefon bekamen wir erst vor wenigen Tagen von der Bundestagsverwaltung zugewiesen, um die Kommunikation aus dem Plenum heraus für uns zu sichern. Davor mussten wir uns per SMS mit unseren Mitarbeitern in den Bundestagsbüros verständigen. Alle anderen Abgeordneten können die Plenarteilnehmer ihrer Fraktionsgeschäftsführer nutzen. Gestern wurde das Telefon ohne Begründung abgeschaltet.

Wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen zu hören war, kommt diese Entscheidung von ganz oben. Weiterhin war zu hören, dass sich einige der Fraktionsgeschäftsführer darüber beklagt haben, dass Frau Pau und ich ein schnurloses und sie nur ein schnurgebundenes Telefon haben. Diese angebliche Bevorzugung wurde nun abrupt beendet.

Mir ist weiß Gott klar, dass es viele Menschen in diesem Land gibt, die schlechtere Arbeitsbedingungen haben als Frau Pau und ich, doch hier geht es nicht nur um Arbeitsbedingungen, sondern um politische Ausgrenzung über das kleinliche Vorenthalten von Arbeitsmitteln.

Gesine, auf ein Wort

■ **info links:** Als Bundestagsabgeordnete kriegst du eine Menge Post. Was steht so drin? Wie gehst du mit den Anliegen um? Kann jeder mit einer Antwort rechnen?

■ **Gesine Löttsch:** Ich bekomme jeden Tag stapelweise Papier. Neben den Parlamentsdrucksachen – der Haushalt wurde ob seines Umfangs gleich in einem Karton angeliefert – auch viele Briefe unterschiedlichsten Charakters.

Da gibt es Leute, die äußern sich umfassend zu den verschiedensten Facetten der Politik, machen dabei auch konkrete Veränderungsvorschläge.

Dann werden teilweise sehr persönliche Anliegen vorgetragen, wo manchmal ein praktischer Rat hilft, manchmal auch die Weiterleitung an den Petitionsausschuss des Bundestages. Es gibt auch eine Reihe von Sammelbriefen, die augenscheinlich an alle Abgeordneten geschrieben werden, ohne Ansehen der Person. Das merkt man daran, dass geschrieben wird: „Sie als Regierung haben beschlossen ...“ Im Augenblick erhalte ich besonders viel Post von Menschen, die von den geplanten Verändere-

rungen in der Steuergesetzgebung selbst betroffen sind. Das sind jetzt vor allem Blumenhändler und Zahntechniker. Sie trifft die geplante Anwendung des vollen Mehrwertsteuersatzes besonders hart. Ich bemühe mich mit meinem kleinen, sehr engagierten und fleißigen Team, alle Briefe zu beantworten. Dabei haben Briefe aus dem Wahlkreis Priorität. Das habe ich übrigens von Helmut Kohl gelernt. Aber wir wollen nicht nur die Briefe beantworten, sondern mit möglichst vielen Menschen Kontakt aufnehmen.

Wenn ich im Bundestag über etwas abstimmen muss, will ich mich vorher – vor Ort – informieren, welche Auswirkungen Gesetze und Bestimmungen haben werden. Meine Wahlkreismitarbeiterin, Hendrikje Klein, bereitet gerade einen Besuch bei Lichtenberger Zahntechnikern vor.

So sehr wir uns auch bemühen, fast alle Briefe schnell zu beantworten, verzögert sich manchmal wegen der Vielzahl der Briefe die Antwort. Dafür kann ich nur um Verständnis bitten.

Es gibt aber auch Briefe, die ich gar nicht beantworten kann. Dazu gehören die nicht wenigen anonymen Briefe. Auch Briefe, die erkennbar Kettenbriefe sind, haben bei der Beantwortung keine Priorität.

Haben Sie Fragen an Gesine Löttsch – „info links“ stellt sie gern für Sie!



Braucht die PDS einen Sonderparteitag?

In meinem in der vorigen Ausgabe veröffentlichten Kommentar zeihe ich einige Zeitgenossen der Voreiligkeit. In erster Linie waren die gemeint, von denen die PDS gleich nach dem Wahldebakel vom 22. September für tot erklärt worden war. Der Vorwurf galt aber auch jenen, die der PDS drei Wochen später angesichts des kläglichen Ergebnisses der 1. Tagung des 8. Bundesparteitages den baldigen Exodus prophezeiten.

Was letztere betrifft, habe ich mir selbst womöglich Voreiligkeit vorzuwerfen. Denn inzwischen sind weitere fünf Wochen ins Land gegangen. Was in dieser Zeit über die Medien aus dem Karl-Liebknecht-Haus in die Öffentlichkeit sickerte, ist genau so unerbaulich wie das, was der innerparteiliche Buschfunk vor der Bundestagswahl über den Zustand der Parteiführung zu berichten wusste. Noch schlimmer war, was während der überstürzten Vorbereitung des Geraer Parteitages in aller Öffentlichkeit ausbreitet wurde. Inzwischen steht fest: Der in Gera gekürte Bundesvorstand ist vorwiegend mit sich selbst beschäftigt, genau

so wie sein Vorgänger. Die so genannten „Reformer“ und angeblichen „Verlierer von Gera“ sitzen weiterhin im Schmollwinkel.

Die nun an der Basis immer häufiger zu vernehmende Aufforderung, Schluss zu machen mit den Querelen und endlich wieder politisch wirksam zu werden, ist im Prinzip richtig. Wird sie jedoch im Sinne des „Friede, Freude, Eierkuchen“ gemeint und verstanden, lässt sie einen nicht unwesentlichen Umstand außer Acht.

Solange auch nur der geringste Verdacht unausgeräumt bleibt, dass ein Vizeparteichef lügt, und das noch in einer eidesstattlichen Erklärung, ist er fehl am Platze. Dass er seine Funktion lediglich auf unbestimmte Zeit ruhen lässt, kann sich eine Partei wie die PDS in ihrer derzeitigen Situation eigentlich nicht leisten.

Wenn die Bundesvorsitzende davon spricht, in der PDS habe sich seit 1995 „zunehmend eine Kultur (so wiedergegeben im ND vom 26.11., angemessener wäre sicher ‚Unkultur‘) des Druckes und der Erpressung“ breit gemacht, wäre auch die Nennung von „Ross und Reiter“ angebracht gewesen. Handelt es sich dabei etwa um Rücktrittsdrohungen ungenannter Mitglieder von „Männerbünden“, deren Existenz dunkel angedeutet wird?

Auch der in Gera ohne Gegenkandidaten gewählte Bundesgeschäftsführer soll mit seinem Rücktritt gedroht haben, falls die Vorsitzende sich öffentlich zur ominösen „Wachbuchaffäre“ äußert. Sie hat sich davon nicht beeindrucken lassen. Inzwischen sind weitere drei Wochen verstrichen. Genosse Hiksich jedoch amtiert ungerührt weiter. Er erhält dabei auch Rückendeckung aus westlichen Gefilden. Aus Bonn beispielsweise wird ihm nach ND wörtlich „Verständnis für die Rücktrittsdrohung“ zugesichert. Aus dem am Rande des Bayerischen Waldes gelegenen Viechtach verlangt ein adliger Herr in einem Leserbrief an das ND (27.11.) gar sofortige Bundestagsneuwahlen. „Dabei käme bestimmt auch die PDS wieder in den Bundestag“. Mal abgesehen davon, dass die PDS mit zwei direkt gewählten Abgeordneten noch immer im Bundestag vertreten ist, fragt man sich: In welchem Wolkenkuckucksheim leben manche Bayern eigentlich?

Wenn also die Prophezeiungen vom absehbaren Ableben der PDS sich nicht bewahrheiten sollen, dann werden wir wohl um einen außerordentlichen Parteitag kaum herumkommen. Der müsste allerdings anders vorbereitet werden als der von Gera.

Prof. Dr. Ronald Lötzsich

Sprich, dass ich dich sehe!

Das Jahr 2002 bescherte der Partei des Demokratischen Sozialismus bittere Niederlagen. Sie alle lassen die Frage nach dem „politischen Gebrauchswert“ der PDS laut werden. Aus dem Polit-Formel-Deutschen übersetzt heißt das wohl zu fragen, warum die PDS beim Wähler nicht angekommen ist. Dafür gibt es sicher viele Gründe, über die in der bevorstehenden besinnlicheren Jahreszeit intensiv weiter nachgedacht werden sollte.

Eine Ursache – bei weitem nicht die entscheidende – liegt in unserer *Fähigkeit*, verständlich, überzeugend und mitreißend zu erläutern, wofür die PDS eintritt. Deshalb bleibt nach dem klaren politischen Profil das für uns Wichtigste die verständliche Sprech- und Schreibweise aller, die PDS-Politik machen und vertreten. Damit PDS-Politik „ankommt“. Dazu muss sie auch eingängig dargestellt werden.

Politik wird für immer mehr Menschen immer weniger durchschaubar. Sie fühlen sich ausgegrenzt, und sie sind oft ausgegrenzt, auch durch eine unverdauliche Sprache und den Gebrauch nebulöser Begriffe. Der Alltag – nicht nur in Berlin – beweist es. Nichtwahl oder das Greifen nach dem vermeintlich rettenden Strohalm, den

Demagogen eifertig reichen, ist die fatale Antwort.

Deshalb muss, wer für die PDS schreibt oder spricht, dazu beitragen, Einblick in Undurchsichtiges zu ermöglichen. Er muss zum Durchblick befähigen und so zu Einsichten verhelfen. Zu viele reden oder schreiben nach Georg Christoph Lichtenbergs ironischem Motto: „Wenn dein bisschen schon nichts Besonderes ist, dann sag es wenigstens ein bisschen sonderbar.“ Sprache – meine ich – hat eine bedeutende demokratische Funktion: Sie bezieht ein oder grenzt aus. Sie aktiviert oder schreckt ab. Sie ist klar und wahr, oder sie verschleiert und verdreht.

Gedankenlos gebrauchte Worthülsen, „Amtsdeutsch“ und ein Bläh- und Spreizstil stoßen ab. Das gilt auch für die vielen meist überflüssigen Anglizismen, die unsere Sprache überfluten. „Event Managerin“ nannte sich kürzlich jemand mit stolzgeschwellter Brust. Was sie tat? Sie organisierte ein Kiezfest. „Denglisch“, wie dieses Kauderwelsch ironisch genannt wird, beweist keine „Weltläufigkeit“, sondern zeugt von der Spracharmut oder Denkfaulheit derer, die von „Job-Floating“, „Time-Sharing“ und dergleichen schwafeln. All dies mehrt den Bürgerverdross. Und den der Bürgerinnen, versteht sich.

Denken wir gemeinsam daran: Politik, die „ankommen“ will, muss „überkommen“. Sie darf nicht nur „verlautbaren“, sondern muss zum Dialog, zum Gespräch einladen. Das gelingt um so besser, je verständlicher wir sprechen und schreiben. Auch in „info links“ und ihren Beilagen.

Zugegeben, daran zu denken ist lästig, an klarer Sprache zu arbeiten kostet Mühe. Aber diese Mühe muss sich machen, wer andere mitnehmen und bewegen will. Das können unsere Leserinnen und Leser, unsere Wählerinnen und Wähler von uns erwarten. Es ist doch kein Zufall, dass unsere populärsten PDS-Politiker auch die sind, die sich am verständlichsten ausdrücken!

Dazu muss man kein Rhetor sein. Goethes Dr. Faust meinte: „Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor.“ Diese „wenig Kunst“ sollte zumindest darin bestehen zu prüfen, ob die Nachbarin oder der fachunkundige „Mann von der Straße“ die schön gedrehten Sätze (noch) versteht. Auch die grammatisch oft fragwürdige Feminisierung der Sprache fördert ihr Verstehen nicht. Der französische Diplomat Talleyrand sah in der Sprache das Mittel, seine Ziele und Absichten zu verbergen. Wir von der PDS aber sagen mit einem antiken Denker: „Sprich (und schreib), dass ich dich sehe!“

Martin Walter

Aus dem Bezirksvorstand

von Wolfgang Schmidt,
Geschäftsstellenleiter

Der BV hat aus den Ergebnissen der Veranstaltungen von Basisorganisationen zum Geraer Parteitag Schlussfolgerungen zur weiteren Vorbereitung der 1. Tagung der 2. Hauptversammlung am 25.1.2003 gezogen. Die Erwartungen der Basis an den neuen Parteivorstand sind groß. Er sollte schnell zu handlungsfähigen Arbeitsstrukturen und vor allem zu sich selbst finden sowie zu konkreten Aufgabenstellungen kommen. Wir bitten die Basisorganisationen dringend um eine gemeinsame Problembewältigung, um die gegenwärtig komplizierte Situation der PDS zu meistern.

Deutlich werden in den Veranstaltungen Informationsdefizite. Sie führen zu Misstrauen und Ängsten. Jede Entscheidung von Leitungen und Gremien muss vermittelbar sein und vermittelt werden. Eine Strategie- und Perspektivdiskussion in und für die Stadt Berlin ist überfällig. Ebenso Konzepte zur Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation sowie der Kommunikation mit Vertretern von außerparlamentarischen Initiativen, Interessengruppen und Verbänden. Inzwischen wurden die ersten der sieben vom Landesvorstand vorgeschlagenen Projektgruppen zu Reformschwerpunkten gebildet, in denen auch Mitglieder unseres Bezirksverbandes mitarbeiten. Offen für eine Mitarbeit diskutieren und entwickeln in diesen Gruppen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Bezirksverordnete, Stadträte und Bürgermeister Vorschläge für die weitere Arbeit.

Die vom BV in Vorbereitung auf die Hauptversammlung berufenen Arbeitsgruppen haben bereits Aufgaben des Bezirksverbandes auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene im Jahr 2003 definiert sowie Vorschläge zur effektiveren Arbeit unserer Strukturen unterbreitet. Der Beschlussentwurf der AG „Parteistrukturen“ wurde den Delegierten auf der außerordentlichen Tagung der Hauptversammlung am 9.12. mit der Bitte übergeben, darüber in den Basisorganisationen zu diskutieren. Am 14.1., 18.30 Uhr, findet im Bezirksamt eine Strukturkonferenz des Bezirksverbandes statt.

Abschließend noch folgende Hinweise:

- Die PDS-Geschäftsstelle bleibt vom 20.12.2002–3.1.2003 entsprechend tariflicher Vereinbarung und wegen Abschluss des Finanzjahres 2002 geschlossen. Wir bitten alle Basisorganisationen, Beiträge und Spenden für das Jahr 2002 spätestens am 19. Dezember in der Geschäftsstelle abzurechnen.

- Am 9. Dezember haben wir entsprechend Beschluss des Landesparteitages mit der Räumung und der Renovierung des Treffpunktes in der Warnitzer Straße 29 begonnen. Die Übergabe des Objektes an die Wohnungsbaugenossenschaft erfolgt am 19. Dezember. Die Arbeit im Treffpunkt wird ab 16. Dezember stark eingeschränkt sein.

- Ende Januar eröffnet unsere Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch ihr Wahlkreisbüro in Hohenschönhausen. Bis dahin bitten wir die Hohenschönhausener, alle geschäftlichen Belange in unserer Geschäftsstelle in der Alfred-Kowalke-Straße 14 abzuwickeln. Die **Öffnungszeiten** sind nach wie vor:

→ Montag, Mittwoch: 8–16.30 Uhr,
Dienstag, Donnerstag: 12.30–20 Uhr,
Freitag: 8–15 Uhr.
→ Telefon: 5122047 oder 5123094,
Fax: 51659242.

Der BV bittet alle betroffenen Genossinnen und Genossen um Verständnis. Der Bezirksvorstand dankt den Mitgliedern der ehrenamtlichen Arbeitsgruppe „Geschäftsstelle Hohenschönhausen“ sehr herzlich für ihre jahrelange, zuverlässige Arbeit. Alle Mitglieder haben zugesagt, weiter in der AG mitzuarbeiten.

Notizen aus der Fraktion

- **Arbeitsschwerpunkte für 2003:** Der Fraktionsvorstand forderte die Fraktionsmitglieder auf, bis zum 25.11.2002 die Arbeitsschwerpunkte ihrer Fachgebiete zu fixieren. Das Ergebnis soll interessierten Genossinnen und Genossen des Bezirksverbandes im Dezember zur Beratung vorgelegt werden. Wir hoffen auf den Rat vieler.

- **Der Umbau Ostkreuz** tangiert uns Ostberliner besonders. Die Fraktion beriet mit der Bezirksstadträtin, der Betroffenenvertretung und dem Sanierungsbeauftragten über Inhalt, Zeitrahmen und Anforderungen der Maßnahmen, aber auch über die Belastungen für die Bevölkerung. Fazit: Der Umbau wird eine schwere Geburt – aber wir werden ihn kritisch begleiten und öffentlich Stellung nehmen.

- **Anlass zum Wundern** bieten Sitzungen der BVV immer wieder. Besonders wenn Vertreter der Partei mit dem großen C über Sparmaßnahmen im Haushalt sprechen. Man ist geneigt, jedesmal zu antworten, dass der Berliner Haushalt ein getreues Ebenbild von 40 Jahren Misswirtschaft Westberliner Filzes ist, und jeden Beitrag zu beenden: „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Landowski & Co. in den Knast gehören!“ Aber die BVV ist keine Kabarettveranstaltung. *Jürgen Steinbrück*

Hauptversammlung einberufen

Die 1. Tagung der 2. Hauptversammlung wurde für **Sonnabend, den 25. Januar 2003, 9–16 Uhr** einberufen.

Vorläufige Tagesordnung:

- Die Aufgaben des Bezirksverbandes nach der Bundestagswahl und der 1. Tagung des 8. Bundestages
- Entwurf des Finanzplanes 2003
- Wahl des Bezirksvorstandes und der Finanzrevisionskommission

Tagungsort:

Tagungssaal der CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84, 10365 Berlin (Der Tagungsort ist mit der Straßebahn 8, 21 und 27 oder mit dem Bus 256 bis Herzberg-/Ecke Siegfriedstraße zu erreichen.)

Anmerkung:

Der BV bittet die Basisorganisationen um Vorschläge für Kandidaten für den Bezirksvorstand und die Finanzrevisionskommission sowie für das Arbeitspräsidium und die Kommissionen der Hauptversammlung (Mandatsprüfungs-, Redaktions-, Wahlkommission).

Fürs Bezirksamt nominiert

Christina Emmrich (54), bisher stellvertretende Bürgermeisterin und Bezirksstadträtin, soll Lichtenbergs neue Bürgermeisterin werden. Um das dann vakante Amt des Bezirksstadtrates für Jugend, Bildung, und Sport soll sich Michael Räßler (37) bewerben.

Das beschloss eine außerordentliche Hauptversammlung der PDS Lichtenberg am Abend des 9. Dezember nach einer gründlichen Aussprache. Die raschen Personalentscheidungen waren durch den Wechsel des bisherigen Bürgermeisters Dr. Wolfram Friedersdorff in die Schweriner Landesregierung notwendig geworden, damit die Bezirksverordnetenversammlung am 18. Dezember über beide Bewerber entscheiden kann.

Für den parteilosen Michael Räßler stimmten 57 % der Delegierten. Räßlers Qualifikation und berufliche Erfahrung – er ist im Bezirk Mitte als Jugendhilfeplaner tätig – gaben hier wohl den Ausschlag. Drei fachlich gleichwertige Kandidaten hatten sich um die Nominierung für die Wahl zum Bezirksstadtrat beworben.

Martin Walter



Buch-Tipp



„Schlagwörter und Schlachtrufe“

Dieser Titel macht neugierig: Was mag dahinter stecken? Aphorismen, Ironie, kabarettistische Texte oder gar ein Lexikon neuester Art?

Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker haben sich als Herausgeber gemeinsam mit 49 Historikern, Juristen und Politologen, Theologen und Philosophen auf die Spur der von Deutschen durch zwei Jahrhunderte hindurch verwendeten Schlagwörter und Schlachtrufe gegeben.

In historischen Essays gelingt eine beeindruckende Synthese von Unterhaltung und Wissensvermittlung, wenn gezeigt wird, wie Parolen, Losungen und Befehle über Generationen hindurch z. B. zu Redewendungen wurden.

Die Fülle des Materials wird in 113 Beiträgen dargeboten. Diese sind in zehn Kapitel gegliedert und thematisch geordnet, wobei sowohl historischer Ursprung als auch Bezüge zur Gegenwart vermittelt werden. Ein paar Beispiele: „Freiheit oder Sozialismus“, „Viel Feind, viel Ehr“, „The Germans to the front“, „Bombenstimmung“, „Bonn ist nicht Weimar“, „Keine Fehlerdiskussion!“, „Jedem das Seine“, „Vom Ich zum Wir“ ... Na, macht das nicht Lust auf mehr?
Ingrid Hörkner

■ „Schlagwörter und Schlachtrufe“, Verlag Mirlitzke Leipzig 2002

Zimmertheater wurde Zehn

Kabarettisten des Berliner Lehrerensembles gründeten nach der Wende das „Theater im 12. Stock“ – seit 1992 gibt es eine eigene Spielstätte im Kulturhaus Karlshorst. Hier werden (ohne Eintritt) an den Wochenenden Programme der kleinen musikalisch-literarischen Form in intimer Atmosphäre zelebriert: Heine, Tucholsky und Kästner, Hollaender und Waldoff, Reutter, Ehrhardt und andere Klassiker der kleineren und größeren Bühne, aber auch Beiträge von Mitgliedern des Vereins. Das Zimmertheater spielt auch vor Ort, tritt z. B. in Senioren- und Sozialeinrichtungen auf.

Ca. 2000 Besucher im Jahr besuchen unsere Theaterabende – das Stammpublikum aus dem Bezirk, aber auch viele Gäste der Hauptstadt.

Wir danken allen Besuchern für ihre Treue zum Theater und dem Bezirks- und dem Kulturamt für die gewährte Unterstützung. Vielleicht werden bald auch einige „Lichtenbürger“ Sponsoren des Zimmertheaters.
Dr. Wolfgang Helfritsch

T-Shirts für „info links“

Für einen guten Zweck haben Achim und Christel Schemel 20 T-Shirts vom 10. Friedrichsfelder Gartenlauf „locker gemacht“, die für eine Spende (8 Euro empfohlen) zu haben sind (Tel.: 559 87 33). Das Geld geht an „info links“, da unsere Bezirkszeitung ausschließlich über Spenden finanziert wird.



Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6.12.2002

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 1/2003: 7.1. und 21.1.2003, jeweils 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 1/03: 22.1.2003
Die nächste Ausgabe erscheint am 30.1.2003.

Druck: Druckerei Paulick
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Da muss ich hin!

- **Sonnabend, 14.12., 15 Uhr**
Aktionstag gegen den Irak-Krieg, Demo, Wittenbergplatz (ab 14.30 Uhr, PDS-Treffpunkt: Deutsche Bank, Wittenbergplatz), 16.30 Uhr: Abschlusskundgebung
- **Sonnabend, 14.12., ab 15 Uhr**
„Zimmertheater – immer Theater“, Feier zum 10. Geburtstag, Großer Saal im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112 (S-Bhf. Karlshorst), Kontakt über Telefon: 509 85 81
- **Sonntag, 15.12., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Sozialsystem und Solidaritätsprinzip“, mit H. Nick u. a.
- **Sonntag, 12.1.**
Ehrung von Rosa und Karl, Gedenkstätte der Sozialisten, Friedrichsfelde
- **bis Sonntag, 26.1.**
„Ausstellung: Hommage à Mies van der Rohe“, M.-v.-d.-R.-Haus, Oberseestraße 60, 10053 Berlin, Di. bis Do.: 13–18 Uhr, Sa. und So.: 14–18 Uhr

Termine

- **Montag, 16.12., 19 Uhr**
BVV-Fraktionssitzung, Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Mittwoch, 18.12., 17 Uhr**
BVV-Tagung, zuvor 16.30 Uhr Bürgerfragestunde, Große-Leege-Straße
- **Donnerstag, 19.12., 16–18 Uhr***
Auskünfte und Hilfe zu Mietrechtsfragen
- **Mittwoch, 8.1., 19 Uhr***
BV-Tagung
- **Mittwoch, 8.1., 17–18 Uhr***
Sprechstunde G. Löttsch, MdB
- **Dienstag, 14.1., 18.30 Uhr**
Strukturkonferenz des PDS-Bezirksverbandes, Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **voraussichtlich Montag, 20.1., 18 Uhr**
Neujahrsempfang des BV und der BVV-Fraktion, Ratssaal, Rathaus Lichtenberg (auf Einladung)
- **Mittwoch, 22.1., 18 Uhr**
„Außen- und Militärpolitik der Bundesregierung“, mit Wolfgang Gehrcke KULTschule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 22.1., 19 Uhr***
BV-Tagung
- **Sonnabend, 25.1., 9 Uhr**
1. Tagung der 2. Hauptversammlung, CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84
* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: kontakt@pds-li-hsh.de
Web: http://www.pds-li-hsh.de